

presse

Union verschläft Modernisierung von Diensten an Menschen

Anlässlich einer fraktionsinternen Anhörung zum Thema "Miteinander der Generationen - Dienst am Menschen" am 7. Mai 2012 erklären die Sprecher der Arbeitsgruppe Demografischer Wandel der SPD-Bundestagsfraktion Sabine Bätzing-Lichtenthäler und Franz Müntefering:

Die SPD-Fraktion sieht mit Sorge, dass Schwarz-Gelb einmal mehr den Zug der Zeit verpasst. Diese Koalition verkennt den kurzfristigen Handlungsdruck zur Gewinnung von professionellen und ehrenamtlichen Dienstleistern an Menschen. Wer sich mit rückwärtsgewandten Betreuungsgeldideen beschäftigt darf sich nicht wundern, wenn er keine modernen Politikansätze für ein besseres Miteinander und Füreinander der Menschen findet, sagen Sabine Bätzing-Lichtenthäler und Franz Müntefering:

In vielen Regionen Deutschlands ist der Fachkräftebedarf bei Erziehung, Betreuung und Pflege bereits angekommen. Deshalb müssen die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in diesen Bereichen schnellstmöglich verbessert und neue Wege beschritten werden. In Zukunft wird ein Mix aus professionellen und freiwilligen Diensten immer wichtiger. Darin stimmten die anwesenden Sachverständigen und Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion überein.

Vielorts gibt es bereits gute Familien-, Sozial- und Bildungspatenschaften. Damit solche guten Beispiele Schule machen müssen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam eine angemessene Engagementförderung bereitstellen.

Es gibt zahlreiche gute Konzepte für die Organisation von Diensten und Engagement an Menschen. Da zu wenig dieser Erkenntnisse tatsächlich umgesetzt werden, entstehen häufig Probleme und Engpässe. Deshalb müssen diese Zukunftsaufgaben auf allen Ebenen Chefsache werden.

Vor allem bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen scheidet der Wunsch, sich freiwillig zu engagieren, häufig an mangelnder Zeit. Die Verdichtungstendenzen von Schulzeiten machen vielen Schülerinnen und Schülern ein freiwilliges Engagement nahezu unmöglich. Es wird höchste Zeit, dass Ausbildungs-, Berufs-, Engagement- und Freizeit besser miteinander verzahnt werden.

Die SPD-Fraktion sieht mit Sorge, dass Schwarz-Gelb einmal mehr den Zug der Zeit verpasst. Diese Koalition verkennt den kurzfristigen Handlungsdruck zur Gewinnung von professionellen und ehrenamtlichen Dienstleistern an Menschen. Wer sich mit rückwärtsgewandten Betreuungsgeldideen beschäftigt darf sich nicht wundern, wenn er keine modernen Politikansätze für ein besseres Miteinander und Füreinander der Menschen findet.

Der Einladung der SPD-Fraktion folgten Susanne Rindt (Arbeiterwohlfahrt Bundesverband), Olaf Ebert (Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis), Dr. Ansgar Klein (Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement) und Nils Kammradt (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft).